

# Mühsamer Weg über die Grenze

**Gewerbe** Die Unterschriftensammlung der Wirtschaftskammer wirft das Licht auf ein altbekanntes Problem. Beide Seiten wollen eine unbürokratische Lösung, diese rückt aber in weite Ferne. Die Wirtschaftskammer wirft der Schweiz vor, sie halte sich nicht an Vereinbarungen.

VON STEPHAN AGNOLAZZA

Bei jeder Gelegenheit wird die Wichtigkeit von freien Grenzen für Waren und Dienstleistungen betont. Die Vorteile liegen auf der Hand: Für Unternehmer bieten sich grössere Märkte, Kunden hingegen profitieren von einer grösseren Auswahl von Anbietern. Und obwohl Politiker (fast) jeder Couleur hinter einem freien Handelsverkehr stehen, sieht die Realität anders aus – selbst innerhalb der beiden ansonsten so verbundenen Staaten Liechtenstein und Schweiz. Denn wenn es um die grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen geht, ist es mit den schönen Worten vorbei. Bereits heute gelten für Liechtensteiner Unternehmen in der Schweiz andere Bedingungen als für Einheimische. Umgekehrt kennt Liechtenstein zwar weniger Hürden, doch auch Liechtenstein hat in Sachen Bürokratie noch Luft nach oben.

## Bricht Schweiz Vereinbarungen?

Angesichts dieser «ungleich langen» Spiesse zwischen Liechtenstein und der Schweiz wurde die Wirtschaftskammer Liechtenstein aktiv (siehe Seite 1). Sie fordert nun die gleichen Voraussetzungen für Schweizer Unternehmen in Liechtenstein, wie sie umgekehrt auch gelten. Konkret bedeutet das den Aufbau von mehr Regulatorien für ausländische Betriebe. Oder etwas euphemistisch formuliert: «Die Einführung neuer Massnahmen.» Dazu gehört, dass Schweizer Firmen ab dem ersten Tag einer Meldepflicht unterliegen sollen, wenn sie in Liechtenstein zum Beispiel einer Erwerbstätigkeit im Bau- oder Gastgewerbe nachgehen. Also genau so, wie es in der Schweiz derzeit der Fall ist, schreibt die Wirtschaftskammer.

«Die Behauptung, dass Dienstleistungserbringer aus Liechtenstein ab dem ersten Tag der Meldepflicht unterliegen, ist falsch», stellt St. Gallens Volkswirtschaftsdirektor Benedikt Würth klar. «Im Jahr 2003 wurde ein Schlussprotokoll

zwecks Umsetzung des EFTA-Übereinkommens verabschiedet, welches eine bewilligungs- und meldefreie Dienstleistungserbringung von maximal acht Tagen innerhalb von 90 Tagen vorsieht. Dienstleistungserbringer aus Liechtenstein kommen damit – im Gegensatz zu jenen aus den übrigen EU/EFTA-Staaten – in den Genuss von acht meldefreien Tagen pro Quartal.»

Liegt die Wirtschaftskammer Liechtenstein also falsch? Nicht, wenn es nach deren Ansicht geht. Zwar gebe es eine Vereinbarung, doch man habe von «zahlreichen» Mitgliederbetrieben erfahren, dass diese von Schweizer Seite aber nicht eingehalten werde. Dies wiederum wird von St. Galler Seite dementiert. «Der Kanton St. Gallen hält sich an die Vorgaben der EU/EFTA-Übereinkommen und die Sondervereinbarungen mit Liechtenstein», stellt Würth klar.

## 90-Tage-Bewilligung als Streitpunkt

Doch nicht nur bei der Meldepflicht gibt es unterschiedliche Ansichten. So kritisiert die Wirtschaftskammer, dass Schweizer Betriebe in Liechtenstein eine Jahresbewilligung erhalten würden: «Liechtensteinische Betriebe aber haben praktisch keine Möglichkeit, länger als 90 Tage pro Kalenderjahr in der Schweiz zu arbeiten. Hier ist für uns der grösste Handlungsbedarf im Zuge der gleich langen Spiesse gegeben.»

Auch hier kommt Widerspruch aus der Ostschweiz. Zwar ist es richtig, dass kein Rechtsanspruch auf mehr als 90 Tage bestehe, doch man könne auch Gesuche für 120 Tage (kontingentsfrei) oder Kurzaufenthaltsbewilligungen bis zu einem Jahr ausstellen. «Liechtensteinische Staatsangehörige sind von Höchstzahlen, also Kontingenten, befreit.» Volkswirtschaftsdirektor Würth will des Weiteren sowie nicht von protektionistischen Massnahmen der Schweiz sprechen, schliesslich beklagen auch Schweizer Firmen die Hürden der Dienstleistungserbringung in Liechtenstein. «So sind zum Beispiel die Gebüh-



Der Weg über die Grenze ist für das Gewerbe gepflastert mit Vorschriften, Meldepflichten und Bewilligungen. Besserung ist nicht in Sicht. Bild: Elma Korac

ren für die Jahresbewilligungen für Liechtenstein um einiges höher als die Gebühren für die 120-Tage-Bewilligungen oder Kurzaufenthaltsbewilligungen des Kantons St. Gallen», so Würth.

## Spezialfall Liechtenstein

St. Gallen lässt sich also den Schwarzen Peter nicht einfach so zuspieren, wünscht sich aber auch ein durchlässigeres System zwischen der Schweiz und Liechtenstein. «Persönlich würde ich mir ein möglichst liberales Regime wünschen», so Würth. Und auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes Sarganserland, Markus Probst, sieht die aktuelle Umsetzung also zu bürokratisch und formalistisch. «Wir sind uns natürlich bewusst, dass Liechtenstein ein Sonderfall im kleinen Grenzgebiet ist. Die Vorgaben werden allerdings auf Bundesebene gesetzt und dort wird dem Sonderfall nicht immer die erforderliche Bedeutung beigegeben.»

Eine Erfahrung, die auch Liechtensteins Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer kennt. Er habe Vertreter des Bundesrates oder der St. Galler oder Bündner Regierung schon mehrfach auf

die unbefriedigende Lage hingewiesen. «Die Forderung der Wirtschaftskammer nach Gleichbehandlung ist legitim. Es besteht zudem ein erhebliches volkswirtschaftliches Interesse, Aufträge im Inland soweit möglich durch inländische Betriebe ausgeführt zu haben, schliesslich bleibt deren Wertschöpfung im Inland, und der Erhalt der inländischen Arbeitsplätze ist ebenso wichtig.» Deshalb solle die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung für schweizerische Unternehmen nur so weit erleichtert möglich sein, wie es liechtensteinischen Unternehmen auch in der Schweiz möglich ist, Aufträge zu erhalten und zu bearbeiten. «Wir arbeiten bereits seit längerem an der Herbeiführung der 'gleich langen Spiesse', und das habe ich der Wirtschaftskammer auch mehrfach kommuniziert», so Zwiefelhofer.

Zwiefelhofer stört denn auch der Grundansatz, als Lösung nach mehr Regulierung und Kontrollen zu rufen. «Bevor wir unsere Regelungen auf das Schweizer Niveau anpassen, wollen wir versuchen, gemeinsam ein weniger striktes System zu vereinbaren, um den Ar-

beitsmarkt Rheintal möglichst unbürokratisch zu halten.» Damit stösst der Wirtschaftsminister auch in der Schweiz auf offene Ohren. Markus Probst hält von den Forderungen der Wirtschaftskammer wenig: «Wir wurden seitens der Liechtensteiner Wirtschaftskammer noch nie um Unterstützung gebeten und können die Probleme in der Praxis für Liechtensteiner Unternehmen entsprechend auch nicht abschliessend beurteilen. Eine überbordende Bürokratie war noch nie förderlich für die Wirtschaft. Anstelle der Schaffung neuer Hemmnisse sollte deshalb das Augenmerk auf den Bürokratieabbau gelegt und der politische Weg bei den zuständigen Stellen gesucht werden.»

## Gleichbehandlung als Ziel

Das habe die Wirtschaftskammer über mehrere Jahre versucht, erklärt Isabella Schädler, stellvertretende Geschäftsführerin der Wirtschaftskammer Liechtenstein: «Die Forderungen nach weniger Regulierungen blieben aber erfolglos.» Deshalb wolle man mit den Unterschriftenbögen nun Druck ausüben. Derweil wird im Wirtschaftsministerium bereits an einer Lösung gearbeitet. «Im Ministerium wurden die bestehenden gesetzlichen Regelungen wie auch die Verwaltungspraxis beider Länder im Detail geprüft und die unterschiedlichen Handhabungen gegenübergestellt. Daraus wird derzeit ein Umsetzungsvorschlag in Richtung Anpassung an das Schweizer Regime ausgearbeitet», so Zwiefelhofer. Dennoch hofft er weiterhin, dass die beiden Systeme auf einem liberaleren Niveau, zum Beispiel gegenseitige Bewilligungen für 180 Tage, möglich sein werde. Die Anpassung in Richtung Gleichbehandlung, die aber auch auf Liechtensteiner Seite Zugeständnisse, zum Beispiel bei den Gebühren, mit sich bringen wird, soll aber so oder so erfolgen, so der Wirtschaftsminister. Das dürfte die Unterzeichner der Wirtschaftskammer-Forderungen freuen.

## Neue Klinik schafft 46 Vollzeitstellen

**BENDERN.** Die Medicnova Privatlinik AG hat Anita Basu zur Direktorin ernannt. Die neue Klinikdirektorin hat ihre Stelle angetreten. Die Bauarbeiten an der Klinik in Bendern gehen planmässig voran. Anfang 2017 wird das neue Belegarztespital seinen Betrieb aufnehmen. «Mit Anita Basu haben wir eine exzellente Fachfrau für diese Schlüsselstelle in der Medicnova Privatlinik gewinnen können», sagt Wolfgang Mayer, Vertreter des Verwaltungsrates. Die 55-jährige Anita Basu hat langjährige Erfahrung in führenden Positionen in Spitälern. Zuletzt verantwortete sie in der AndreasKlinik in Cham (ZG), Teil der Hirslanden-Privatlinikgruppe, als Bereichsleiterin die Medizintechnik und war zuständig für den operativen Bereich, das Qualitätsmanagement, den Einkauf und die Hygiene. Sie war Mitglied des Managementteams der Klinik. Davor leitete sie während über zehn Jahren den OP-Bereich des See-Spitals in Kilchberg (ZH).

Die Medicnova Privatlinik AG wird in den kommenden Monaten mit dem Rekrutierungsprozess starten, zum Betriebsstart 2017 werden vorerst 46 Vollzeitstellen angeboten. Der Spatenstich des Medicnova-Klinikgebäudes fand im Sommer 2014 statt. Inzwischen arbeiten die Fachleute am Innenausbau. Die Betriebsaufnahme ist zum Jahresbeginn 2017 geplant. Die Medicnova Privatlinik wird dann das modernste Belegarztespital in der weiteren Region sein. Für Patienten aus dem Rheintal und aus Liechtenstein heisst dies, dass sie ab kommendem Jahr für verschiedene Eingriffe keine weiten Wege mehr auf sich nehmen müssen. (pd)

## Verschiedene Blickwinkel helfen, Herausforderungen neu anzugehen

**VADUZ.** Zum dritten Mal wurde an der Universität Liechtenstein ein gemeinsamer Workshop mit Teilnehmern aus den vier Executive Masterstudiengängen des Instituts für Finanzdienstleistungen durchgeführt.

### Konkret und praxisnah

Vergangene Woche wurde das neunte Modul der vier Executive Masterstudiengänge des Instituts für Finanzdienstleistungen an der Universität Liechtenstein im Rahmen eines interdisziplinären Workshops beendet. Studierende der Bereiche International Taxation, Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrecht, Banking und Securities Law sowie International Asset Management hatten dabei die Möglichkeit, in Gruppen mit jeweils acht Teilnehmenden einen konkreten Lösungsvorschlag für praxisnahe Fallstudien im Bereich der grenzüberschreitenden Unternehmens- und Vermögensnachfolgeplanung zu diskutieren und gemeinsam auszuarbeiten sowie diese im Plenum zu präsentieren. Ein Schwerpunkt lag auf der Abwägung des Einsatzes liechtensteinischer Vermögensstrukturen und -instrumente zu denen angrenzender Nachbarstaaten. Dies insbesondere unter Berücksichtigung verschiedener Ansässigkeitsstaaten der Vermögensinhaber und deren Nachfolger sowie eines effektiven Risikomanagements im Portfoliokontext und aktueller regulatorischer Rahmenbedingungen.

### Verschiedene Blickwinkel

«Das Modul 9 bildete den Abschluss meiner Weiterbildung im Executive Mas-



Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit lernten die Studenten, Probleme aus verschiedenen Blickwinkeln zu sehen. Bild: pd

terstudiengang International Taxation. Nach Einführung der einzelnen Gruppenthemen war ich zunächst der Meinung, dass ich die Fallstudie alleine schneller und einfacher bearbeiten könnte als in einer Gruppe. Doch schon in ersten Diskussionen zeigten sich rasch weitere, miteinander verzahnte fachübergreifende Facetten des Fallbeispiels», berichtet Andreas Näscher, der bereits mehrere Jahre als Kundenberater bei der First Family Advisors AG, Vaduz, tätig ist. «In der Gruppenarbeit kamen die unterschiedlichen Sichtweisen und

Schwerpunkte des Steuerrechts, des Gesellschafts- und Stiftungsrechts und des Assets Managements zum Vorschein und in angeregten Diskussionen versuchten wir unter Beachtung des Bankenrechts, die optimale Lösung für einen Kunden zu finden. Dabei hat sich gezeigt, dass es nicht nur eine Lösung gibt, sondern viele verschiedene Varianten. Genau wie im Geschäftsalltag, wo es heute kaum mehr möglich ist, ein High-Net-Worth-Individual, das heisst eine Person mit mehr als einer Million US-Dollar an liquidem Vermögen, alleine umfassend zu beraten,

war man auch hier nicht imstande, diesen Fall alleine zur Zufriedenheit des Kunden zu lösen. Die Zusammenarbeit mit Experten aus den verschiedenen Fachbereichen war für mich ein grosser Gewinn und die Diskussion über die verschiedensten Themenbereiche und Meinungen waren sehr interessant und lehrreich. Das Modul 9 zeigte auf, wie wichtig es im Berufsalltag ist, mit Experten unterschiedlicher Fachbereiche zusammenzuarbeiten und ist definitiv eine Bereicherung für die Executive Masterstudiengänge.» (wr)